

## Inhalt

Thema des Monats.....	1
Ein Dauerbrenner: Die korrekte Schätzung des Auftragswertes .....	1
Wissenswertes .....	3
BMVBS: Vergabehandbuch aktualisiert.....	3
Neues BMF-Schreiben zum tauschähnlichen Umsatz liegt vor .....	3
UfAB-Arbeitsgruppe legt Sonderheft zum Thema Wertung von Angeboten vor .....	3
Neue IT-Einkaufsbedingungen der öffentlichen Hand .....	4
Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung 2012“ .....	4
Umweltfreundliche Beschaffung - um Ausschreibungen wird gebeten .....	4
Recht.....	5
VK Baden-Württemberg: Fahrrad-Vermietungssystem keine Dienstleistungskonzession.....	5
International.....	6
Europa I: Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zur Konzessionsvergabe .....	6
Europa II: Binnemarktake II vorgelegt zur Förderung neuen Wachstums.....	6
Aus den Bundesländern .....	7
Hessen: Landtag diskutiert Hessisches Vergabegesetz .....	7
Beschaffungsleitfäden aktiv .....	7
Bayern: Sommer verlief im Bauhauptgewerbe positiv .....	7
Baden-Württemberg: Benennung führt zu geeigneten Bietern .....	8
Berlin: Müllstreit geklärt.....	8
Veranstaltungen .....	9
Veranstaltungen der IHK Auftragsberatungsstelle Baden-Württemberg .....	9
Nebenangebote, General-/Nachunternehmer und.....	9
Bietergemeinschaften – Was müssen Bieter beachten? .....	9
Vergaberecht 2012 .....	9
Seminar Praxis der Ausschreibungen von IT-Leistungen .....	10
Impressum.....	11



## Thema des Monats

### Ein Dauerbrenner: Die korrekte Schätzung des Auftragswertes

#### Definition

Bevor ein Vergabeverfahren eingeleitet wird, muss der Auftraggeber den Wert der ausgeschriebenen Leistung mit allen Optionen oder etwaigen Vertragsverlängerungen ermitteln. Anhaltspunkte dafür können frühere eigene Ausschreibungen sein beziehungsweise Auskünfte von anderen Auftraggebern, die bereits eine vergleichbare Leistung eingekauft haben. Öffentliche Auftraggeber können auch eine anonyme Markterkundung über das Internet durchführen oder zu diesem Zweck bei Großhändlern anfragen. Wichtig ist, dass die konkret auszuschreibende Leistung mit allen kostenrelevanten Faktoren geschätzt wird. Diese Prognose muss nach objektiven Kriterien seriös und nachvollziehbar vorgenommen werden.

#### Die Bedeutung der Auftragswertschätzung

Zum Einen dient der Auftragswert dazu, festzustellen, ob die finanziellen Mittel für einen geplanten Auftrag zur Verfügung stehen. Zum Anderen kann erst mithilfe der geschätzten Kosten die richtige Vergabeart festgelegt werden. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Schätzung des Auftragswertes ist der Tag, an dem die Bekanntmachung der beabsichtigten Auftragsvergabe abgesendet oder das Vergabeverfahren auf andere Weise eingeleitet wird (§ 3 Abs. 9 VgV). Ist der Auftragswert (ohne Mehrwertsteuer) von der Vergabestelle ordnungsgemäß geschätzt worden, entscheidet allein dieser Wert darüber, ob der vierte Teils des GWB anwendbar ist oder nicht. Maßgebend ist, ob die EU-Schwellenwerte überschritten werden.

#### Grundlagen der Schätzung

Welche Vorgaben müssen bei der Kostenschätzung berücksichtigt werden? Nach der Vergabeverordnung VgV hängt es vom jeweiligen Beschaffungsgegenstand ab, wie geschätzt werden soll. Bei Bauaufträgen ist neben dem Auftragswert der **Bauleistungen** der geschätzte Wert aller Lieferleistungen zu berücksichtigen, die für die Ausführungen der Bauleistungen erforderlich sind. Die Aussagen aus der VgV spiegeln sich in § 1a VOB/A wider. Unter anderem weist auch die VOB/A darauf hin, dass für die Schätzung des Bauauftragswertes die Gesamtvergütung maßgeblich ist. Der Auftragswert muss sich auf das insgesamt zu errichtende Bauwerk oder die gesamte Baumaßnahme beziehen. **Planungsleistungen** zählen jedoch nur dann zum Auftragswert, wenn Sie gleichzeitig mit der Bauausführung vergeben werden (vgl. § 1a Abs. 1 Nr. 1 Satz 3). Dies ist in der Praxis in aller Regel nicht der Fall. Wird die Planung separat vergeben, wirken sich die damit anfallenden Kosten nicht auf den Gesamtauftragswert aus. Planungs- und Entwurfsleistungen im Zusammenhang mit Bauwerken fallen nicht in den Anwendungsbereich der VOB/A.

**Liefer- und Dienstleistungsaufträge**, die regelmäßig erneut vergeben werden, müssen - so § 3 Abs. 3 VgV - auf zwei Arten berechnet werden. Entweder auf der Basis des tatsächlichen Gesamtwertes entsprechender aufeinander folgender Aufträge aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr – unter Berücksichtigung von vorhersehbaren Änderungen – oder auf der Grundlage des geschätzten Gesamtwertes aufeinander folgender Aufträge, die während der auf die erste Lieferung folgenden zwölf Monate vergeben werden. Sofern kein Gesamtpreis für Liefer- oder Dienstleistungsaufträge angegeben wird, ist die Berechnungsgrundlage für den geschätzten Auftragswert die Laufzeit. Bis zu 48 Monaten Laufzeit zählt der Gesamtwert für die betreffende Zeit. Für Aufträge, die unbestimmt vergeben oder über eine Laufzeit von 48 Monaten dauern, gilt der 48-fache Monatswert. Bei Rahmenvereinbarungen berechnet sich der Wert nach § 3 Abs. 6 VgV auf der Grundlage des geschätzten Höchstwertes aller für diesen Zeitraum geplanten Aufträge (Vergleiche hierzu OLG München, Beschluss vom 12. August 2008, Verg 6/08).

Die Vergabeverordnung definiert darüber hinaus das Vorgehen bei einer **Losaufteilung**. So ist der Wert aller Lose einer Beschaffungsmaßnahme zusammen zu zählen. Bei Lieferaufträgen betrifft dies jedoch nur die Lose für gleichartige Leistungen (§ 3 Abs. 7 VgV). Haben die einzelnen Lose hingegen nicht gleich geartete Lieferungen zum Gegenstand, ist der Auftragswert für jedes Los, das eine derartige Leistung enthält, separat zu bestimmen.

Gemeinsamer Newsletter der Auftragsberatungsstellen in Deutschland – Unser Service ist Ihr Gewinn!

### Was nicht erlaubt ist:

Keinesfalls darf bei späteren potentiellen Auftragnehmern eine Preisanfrage erfolgen. Das wäre kein Marktpreis, da davon ausgegangen werden kann, dass ein Preis genannt wird, der nicht den Marktpreis widerspiegelt. Es ist zudem nicht möglich, eine Ausschreibung mit Berufung auf Unwirtschaftlichkeit aufzuheben, wenn die Kostenschätzung der Vergabestelle nicht ordnungsgemäß vorgenommen wurde. Unzulässig ist es nach § 3 Abs. 2 VgV den Auftragswert zu niedrig anzusetzen, um somit die Beauftragung der Möglichkeit einer vergaberechtlichen Nachprüfung i.S.d. §§ 102 ff. GWB zu entziehen. Ein Verstoß gegen § 3 Abs.2 VgV liegt vor, wenn der Auftraggeber durch wesentliche Verringerung der Vertragslaufzeit, den Auftragswert herabsetzt, um hierdurch den Schwellenwert nicht zu erreichen.

### Praxistipps für Vergabestellen:

- Ins Blaue hinein darf nicht geschätzt werden. Falls das betriebswirtschaftliche Wissen nicht vorhanden ist, kann für die Kostenschätzung externer Rat hinzugezogen werden.
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Schätzung des Auftragswertes ist der Tag, an dem die Bekanntmachung der beabsichtigten Auftragsvergabe abgesendet oder das Vergabeverfahren auf andere Weise eingeleitet wird. Vor allem bei einer Kostenschätzung nahe bei den EU-Schwellenwerten, sollte zum Zeitpunkt der Vergabebekanntmachung auf der Grundlage aktualisierter Marktpreise erneut geschätzt werden.
- Die Kostenermittlung muß alle Faktoren beinhalten, zum Beispiel sollten versteckte Ausführungsrisiken berücksichtigt werden, da diese auch von den Anbietern in der Kalkulation einbezogen werden.
- In der Vergabeakte muss die Kostenschätzung detailliert festgehalten werden.
- Öffentliche Auftraggeber können ein Vergabeverfahren aufheben, sofern das Ergebnis unwirtschaftlich ausfällt. Allein mit der Unterdeckung des Haushalts darf diese Entscheidung nicht begründet werden, sofern die fehlende Finanzierbarkeit auf nicht vorhersehbaren Umständen beruhen sollte. Voraussetzung für eine Aufhebung wegen Unwirtschaftlichkeit ist in jedem Fall die korrekte Kostenschätzung im Zeitpunkt der Ausschreibung (Siehe VK Rheinland-Pfalz Vk 1-39/09) sowie die Dokumentation. Falls dies nicht erfolgte, kann die Vergabestelle nicht belegen, dass ein Mindestgebot im Vergabeverfahren den Marktpreis deutlich überschreitet.

### Praxistipps für Unternehmen:

- Sobald ein Unternehmen erkennt, dass ein Auftragswert fehlerhaft geschätzt wurde, muss dies rechtzeitig gerügt werden und zwar innerhalb der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe. Im Urteil des OLG Karlsruhe vom 16. Dezember 2009 (15 Verg 5/09) ging es beispielsweise darum, dass ein Auftraggeber vergaberechtswidrig national statt europaweit ausgeschrieben hatte. Dabei hatte die Antragstellerin einen Antrag auf Nachprüfungsverfahren gestellt. Dieser wurde abgelehnt, da die Rüge zu spät erfolgt war.
- Wird eine Ausschreibung aufgehoben, da der Auftraggeber eine Unterdeckung seiner Haushaltsmittel festgestellt hat, was auf Fehler bei der Ermittlung der Kosten zurückzuführen ist, ist dies nicht zulässig.



## Wissenswertes

### **BMVBS: Vergabehandbuch aktualisiert**

Das Vergabe- und Vertragshandbuch des Bundes VHB 2008 wurde mit Erlass B 15 - 8164.2/2 vom 19. September 2012 auf den Stand August 2012 aktualisiert. Die Einführung der VOB 2012 mit den im 2. Abschnitt des Teils A zusammengeführten Regelungen aus den Basis- und den a-Paragrafen, mit dem neuen 3. Abschnitt für die Vergabeverfahren aus den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und mit den Änderungen in § 16 des Teils B der VOB zur Umsetzung der Richtlinie 2011/7/EU zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr machen eine weitere Aktualisierung des VHB erforderlich. Neben den erforderlichen Änderungen aus der Novellierung der VOB enthält die Aktualisierung August 2012 weitere geänderte und zusätzliche Formblätter und Richtlinien. So wurden zum Beispiel die Formblätter für die Aufforderung zur Angebotsabgabe und die Angebotsschreiben neu gestaltet und haben jetzt eine einheitliche Fassung in den Bereichen Bundeshochbau, Bundesfernstraßenbau und Bundeswasserstraßenbau. Neue Formblätter gibt es auch für die Bauaufträge im Bereich Verteidigung und Sicherheit, für die Erklärung der Bietergemeinschaft, für Zustandsfeststellung und Abnahme. Die vollständige Lesefassung und der Formularsatz Dritte stehen auf der Internetseite des BMVBS zum Herunterladen zur Verfügung: <http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/B/vergabe-und-vertragshandbuch-fuer-die-baumassnahmen-des-bundes-vhb-2008.html>.

### **Neues BMF-Schreiben zum tauschähnlichen Umsatz liegt vor**

Das Bundesfinanzministerium hat vor wenigen Tagen eine überarbeitete Fassung des bisherigen Anwendungsschreibens zum tauschähnlichen Umsatz in der Entsorgungsbranche vorgelegt. Da die bislang geltenden Regelungen in der Vergangenheit zu erheblichen Anwendungsschwierigkeiten in der Praxis führten, hatte sich der BDE in zahlreichen Gesprächen mit dem Bundesfinanzministerium darum bemüht, Verbesserungen zu erzielen. Insbesondere sollen nun Umleersammeltouren, bei denen die Menge des im Einzelfall abgelieferten Abfalls und seine Zusammensetzung und Qualität nicht festgestellt werden, nicht unter die Grundsätze des tauschähnlichen Umsatzes fallen. Darüber hinaus sieht das neue Schreiben als maßgeblichen Zeitpunkt für die Ermittlung des Wertes der gelieferten Abfälle den Zeitpunkt der Übergabe an den Entsorger an, so dass spätere Bearbeitungsschritte durch den Entsorger bei der Wertermittlung außer Betracht zu lassen sind. Quelle: BDE-Newsletter Ausgabe 09/2012

<http://www.bde-berlin.org/?p=6938#c>.

### **UfAB-Arbeitsgruppe legt Sonderheft zum Thema Wertung von Angeboten vor**

Die Unterlage für Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen (UfAB) unterstützt öffentliche Einkäufer von Informationstechnik bei der vergaberechtskonformen Erstellung der Vergabeunterlagen und bei der Bewertung der Angebote. Im September 2012 hat die UfAB-Arbeitsgruppe ein zweites Sonderheft vorgelegt, in dem das UfAB-Modul Bewertungsmethoden überarbeitet wurde. Darüber hinaus wurden zwei neue Module aufgenommen, die gleichfalls bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots unterstützen sollen. Es handelt sich um „Preisgestaltung“ sowie „Verhandlungsverfahren in der Praxis“. Letzteres beschreibt den Ablauf von Verhandlungsrunden mit den Problembereichen Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, Transparenzdefizite oder Grenzen der Änderung von Leistungsbeschreibungen. Das Sonderheft ist auf der Internetseite des Beschaffungsamtes zu finden unter [http://www.bescha.bund.de/cln\\_340/SharedDocs/Downloads/Publikationen/Broschueren/ufab\\_broschuere\\_sonderheft\\_2012,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/ufab\\_broschuere\\_sonderheft\\_2012.pdf](http://www.bescha.bund.de/cln_340/SharedDocs/Downloads/Publikationen/Broschueren/ufab_broschuere_sonderheft_2012,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/ufab_broschuere_sonderheft_2012.pdf)

## Neue IT-Einkaufsbedingungen der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand und der Bundesverband BITKOM haben die Einkaufsbedingungen für IT-Lösungen neu festgelegt und am 19. September 2012 eine überarbeitete Fassung des EVB-IT-Systemvertrages verabschiedet. Der durch eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesinnenministeriums überarbeitete Vertrag regelt die Beschaffung von komplexen IT-Systemen, deren Erstellung erhebliche Anpassungsleistungen erfordern. Der neue Systemvertrag ersetzt die bisherige Fassung aus dem Jahre 2007. Schwerpunkte der Änderungen sind beispielsweise differenziertere Regelungen zu den Nutzungsrechten und eine gesonderte Haftungshöchstsumme für den Systemservice. Für den Einkauf von IT-Systemen mit geringfügigen Anpassungsleistungen wie beispielsweise Computer, Drucker und Standardsoftware steht daneben weiterhin der EVB-IT Systemlieferungsvertrag zur Verfügung. Das überarbeitete Vertragsmuster stellt für die öffentliche Hand und für die Wirtschaft insgesamt eine Entlastung dar, da es praxistaugliche Regelungen enthält. Es ist für die Bundesbehörden verbindlich. Auch Länder und Kommunen wenden die Regelungen überwiegend an. Die überarbeitete Fassung des EVB-IT-Systemvertrages finden Sie auf der Internetseite der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik unter

[http://www.cio.bund.de/DE/IT-Beschaffung/EVB-IT-und-BVB/Aktuelle\\_EVB-IT/aktuelle\\_evb\\_it\\_node.html](http://www.cio.bund.de/DE/IT-Beschaffung/EVB-IT-und-BVB/Aktuelle_EVB-IT/aktuelle_evb_it_node.html).

Eine Synopse der Änderungen im EVB-IT Systemvertrag finden Sie ebenfalls im Internet unter <http://www.it-recht-kanzlei.de/PDFs/Vergleich-EVB-IT-2012.pdf>.

## Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung 2012“

Der Bund der Steuerzahler hat im September die 40. Ausgabe des Schwarzbuchs „Die öffentliche Verschwendung“ veröffentlicht. Das Buch enthält eine Beispielsammlung aus Bereichen, in denen die öffentliche Hand einen wirtschaftlichen Umgang mit Steuergeld vermissen ließ. Es sind Beispiele aus Bund, Ländern und Kommunen, in denen der BdS nach eigenen Angaben die Verschwendung von Steuergeld entdeckt hat. In der Top Ten der beschriebenen Missstände landete ein Fall aus Hessen. 2006 beschloss die Gemeinde Niedernhausen, eine Halle zu sanieren; die Sanierungskosten wurden auf 3,1 Millionen Euro geschätzt. Man entschied sich, die Halle in mehreren Abschnitten zu sanieren. Ein örtliches Architekturbüro wurde beauftragt, eine Bestandsanalyse und ein Sanierungskonzept zu erstellen sowie die Kosten abzuschätzen. Der Bürgermeister schloss 2008 mit dem gleichen Architekturbüro drei getrennte Verträge über die zu erbringenden Architekturleistungen so ab, dass man unter dem Schwellenwert einer europaweiten Ausschreibung von seinerzeit 206.000 Euro blieb. So konnte nicht nur der vorgesehene Zeitraum bis 2011 eingehalten werden, auch die Plankosten sind auf 4,6 Millionen Euro gestiegen. Probleme gibt es zudem wegen der Auftragsvergabe, die im März 2012 vom Europäischen Gerichtshof aufgegriffen wurde (C-574/10). Inzwischen sind alle Verträge mit dem Architekten gekündigt. Ausstehende Arbeiten wird die Gemeinde nun europaweit ausschreiben. Das Schwarzbuch des BdS finden Sie im Internet unter:

<http://schwarzbuch.steuerzahler.de/>.

Das Urteil des EuGH finden Sie ebenfalls im Internet unter:

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&num=C-574/10>.

## Umweltfreundliche Beschaffung - um Ausschreibungen wird gebeten

Das Sustainable Procurement Team der ICLEI – Local Governments for Sustainability beabsichtigt, eine Fallstudiensammlung anzulegen. Öffentliche Auftraggeber, die in den letzten Jahren umweltfreundliche Kriterien in Ausschreibungen verwendet haben, sind aufgefordert, diese einzureichen. Es geht um Vergabeverfahren in den Produkt- und Dienstleistungsgruppen Gartenprodukte/-dienstleistungen, Fenster/verglaste Türen und Oberlichter, Wärmedämmung, Wandplatten, Kraft-Wärme-Kopplung und Handys. Dabei müssen in den Ausschreibungen nicht sämtliche Aspekte umweltfreundlicher öffentlicher Beschaffung abgedeckt worden sein. Ziel der Fallstudiensammlung ist es, andere öffentliche Einrichtungen anzuregen, umweltfreundliche Kriterien in Ausschreibungen zu verwenden. Ansprechpartner beim Sustainable Procurement Team der ICLEI ist Frau Marlene Grauer (Telefon 0761 36892-0 oder E-Mail [iclei-europe@iclei.org](mailto:iclei-europe@iclei.org)). Weitere Informationen über ICLEI finden Sie im Internet unter [www.iclei.org/europe](http://www.iclei.org/europe).



## Recht

### **VK Baden-Württemberg: Fahrrad-Vermietungssystem keine Dienstleistungskonzession**

In einem Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer Baden-Württemberg ging es um die Einführung eines öffentlichen Fahrrad-Vermietungssystems in einer Stadt (1 VK 20/12). Eine EU-weite Ausschreibung fand nicht statt. Als Betreiber sah die Stadt eine Firma vor, die bereits Fahrradverleihsysteme in deutschen Städten betreibt. Dies nach Einholung von Angeboten von insgesamt vier Unternehmen. Vorgesehen war, dass der Betreiber einen Investitionszuschuss in Höhe von 198.000 Euro erhält. Laufende Betriebskosten würden für die Stadt nicht anfallen, diese werden nach dem Konzept vom Betreiber durch die Nutzungsgebühren und durch Werbeeinnahmen gedeckt. Nachdem einer der potentiellen Auftragnehmer über eine Pressemitteilung der Stadt erfahren hatte, dass ein anderer Bieter den Zuschlag erhalten sollte, rügte er, dass die geplante Vergabe ohne eine entsprechende Bekanntmachung und Durchführung eines ordnungsgemäßen Vergabeverfahrens gegen das Vergaberecht verstoße. Die Stadt wies die Rüge zurück und führte aus, dass es sich bei dem in Aussicht genommenen Vertrag um eine Dienstleistungskonzession handle. Die vorgesehene Firma erhalte nur einen einmaligen Zuschuss und ein erheblicher Teil des Betriebsrisikos verbleibe bei der Konzessionärin. Es sei auch ein transparentes und diskriminierungsfreies Beteiligungsverfahren durchgeführt worden. Daraufhin reichte die Antragstellerin einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg ein. Die Vergabekammer verpflichtet die Antragsgegnerin in ihrer Entscheidung vom 25. Juli 2012, bei weiter bestehender Vergabeabsicht eine EU-weite Ausschreibung durchzuführen. Die beabsichtigte Vergabe stelle keine Dienstleistungskonzession dar, sondern einen Dienstleistungsauftrag, der einem Vergabenachprüfungsverfahren zugänglich sei. Aufgrund der wirtschaftlichen Absicherung durch den „Investitionszuschuss“ in Höhe von 198.000 Euro werde dem Auftragnehmer das Betriebsrisiko des Fahrrad-Vermietungssystems im Wesentlichen abgenommen. Die vom Auftragnehmer durch Nutzungsgebühren und Werbung auf den Fahrrädern erzielbaren Einnahmen seien im Vergleich zu dem Investitionszuschuss von untergeordneter Bedeutung. Sie seien so gering, dass sie keine äquivalente Gegenleistung für die Dienstleistung darstellten. Nach Auffassung der Vergabekammer spricht für einen Dienstleistungsauftrag, dass das marktwirtschaftliche Risiko des Auftragnehmers bei der Erzielung von Einnahmen für Werbung und für das Vermieten der Fahrräder dadurch wesentlich reduziert ist, dass gleichgelagerte Erlaubnisse von der Antragsgegnerin nicht erteilt werden. Schließlich sei der Schwellenwert von 193.000 Euro überschritten, der gelte, weil das Vergabeverfahren bereits im Juni 2011 eingeleitet worden sei. Die Antragstellerin sei antragsbefugt, da sie durch die Abgabe ihrer Angebote wiederholt ihr Interesse an dem Auftrag bekundet habe. Der Antrag sei auch begründet, da die Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge nur im Rahmen eines wettbewerblichen und transparenten Vergabeverfahrens zulässig sei und die Antragstellerin durch die beabsichtigte Direktvergabe in ihren Rechten verletzt werde. Die Entscheidung der VK Baden-Württemberg finden Sie im Internet unter

<http://www.landesrecht-bw.de/jportal/portal/t/r9j/page/bsbawueprod.psml?doc.hl=1&doc.id=JURE120017922%3Ajuris-r02&documentnumber=1&numberofresults=275&showdoccase=1&doc.part=L&paramfromHL=true#focuspoint>.





## International

---

### **Europa I: Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zur Konzessionsvergabe**

Der Ausschuss der Regionen nahm am 19. Juli 2012 Stellung zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe. Die Stellungnahme erschien im Amtsblatt der EU am 13. September 2012 (2012/C 277/09). Da bestimmte Konzessionen den Binnenmarkt beeinflussen können, sind klare Regeln sowie eine einheitliche Auslegung und ein einheitlicher Ansatz wünschenswert. Deshalb hält der Ausschuss es für gerechtfertigt, eine Reglementierung in diesem Bereich zu erwägen; er hält es deshalb für wichtig, dass die öffentlichen Auftraggeber und Mitgliedstaaten das Instrument, mit dem sie ihre Aufgaben ausführen wollen, weiterhin frei wählen können. Lizenzen, einschließlich beschränkter Betriebslizenzen, sind deshalb vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszuschließen. Das gilt auch für die bloße Finanzierung von Tätigkeiten, die häufig mit der Verpflichtung verbunden ist, erhaltene Beträge bei nicht bestimmungsgemäßer Verwendung zurückzuzahlen. Es muss ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen der Klarstellung zum Beispiel der Art der Bekanntmachung und der Fristen einerseits und dem Handlungsspielraum der öffentlichen Auftraggeber bezüglich zum Beispiel der anzuwendenden Kriterien andererseits. Diese Klarheit bietet den öffentlichen Auftraggebern Sicherheit und schafft die gewünschte Einheitlichkeit bei der Anwendung durch die Mitgliedstaaten. Mit dem Handlungsspielraum wird dem Wissen der öffentlichen Auftraggeber über ihre Konzessionen Rechnung getragen und die Autonomie der Mitgliedstaaten anerkannt. Die öffentlichen Auftraggeber müssen umfassende Möglichkeiten haben, sich für soziale und nachhaltige Kriterien zu entscheiden. Der Ausschuss ist der Auffassung, dass dieser Vorschlag dem Grundsatz der Subsidiarität genügen muss: lokale und regionale Gebietskörperschaften müssen nach wie vor frei entscheiden können, ob sie die Bauarbeiten und Dienstleistungen selbst ausführen beziehungsweise erbringen oder ob sie sie an Dritte vergeben. Wenn sich die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für eine Vergabe entscheiden, dann können sie selbst das Rechtsinstrument bestimmen: Lizenz, öffentlicher Auftrag oder Konzession. Die ausführliche Stellungnahme kann im Internet eingesehen werden unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:277:0074:0095:DE:PDF>.

### **Europa II: Binnenmarktakte II vorgelegt zur Förderung neuen Wachstums**

Der europäische Binnenmarkt feiert in diesem Jahr sein zwanzigjähriges Bestehen. Mit der Binnenmarktakte II wurden am 3. Oktober 2012 von der Europäischen Kommission zwölf Bereiche und Maßnahmen vorgeschlagen, die vor allem Wachstum und Beschäftigung im europäischen Binnenmarkt voranbringen sollen. Unter anderem sieht die Binnenmarktakte II vor, dass die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen zum Standardverfahren gemacht werden soll. Dadurch sollen die Kosten von Unternehmen und Behörden gesenkt werden und Zahlungsverzögerungen eingedämmt werden. Die Kommission verpflichtet sich in der Akte, alle wichtigen Legislativvorschläge bis Frühjahr 2013 und alle nicht wichtigen legislativen Maßnahmen bis spätestens Ende 2013 zu unterbreiten. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/smact/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/smact/index_de.htm).



## Aus den Bundesländern

---

### **Hessen: Landtag diskutiert Hessisches Vergabegesetz**

Landtag diskutiert Hessisches Vergabegesetz 20.11.2012

In der 47. Kalenderwoche beginnt die erste Lesung zum Gesetz zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft und zur Vergabe öffentlicher Aufträge. Es wird einerseits das erste Hess. Vergabegesetz von 2009 ersetzen und andererseits Regelungen aufnehmen, die bereits der Hess. Vergabeerlass beinhaltet. Alle vertretenen Fraktionen im Landtag haben Gesetzesvorschläge eingebracht. Die Freigrenzenregelung des Hess. Vergabeerlasses würde nach dem Entwurf der CDU/FDP Gesetzesqualität erhalten.

Im Entwurf der CDU/FDP zur Vergabe öffentlicher Aufträge ist vorgesehen, dass die in Hessen geltenden Freigrenzen beibehalten werden. Eine Ausnahme macht dabei die Regelung, ab wann eine Bekanntmachung des Beschaffungswillens bei Bauleistungen in Form des Interessenbekundungsverfahrens zwingend einer Beschränkten Ausschreibung vorgeschaltet werden muss. Der hierfür vorgesehene Auftragswert wurde auf 100.000 Euro herabgesetzt.

Sollte sich der Entwurf der CDU/FDP durchsetzen, wird in Hessen bei VOB Leistungen weiterhin eine beschränkte Ausschreibung bis zu einem Auftragswert von 1 Mio. ermöglicht und die Freihändige Vergabe bis 100.000 Euro zugelassen. Für Dienst- und Lieferleistungen ist die Freihändige Vergabe bis 100.000 Euro und eine Beschränkte Ausschreibung bis 200.000 Euro (identisch mit dem europäischen Schwellenwert) möglich.

Die Entwürfe finden Sie auf [www.ABStHessen.de](http://www.ABStHessen.de) unter Aktuelles

### **Beschaffungsleitfäden aktiv**

Das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat im Rahmen der Initiative für die erfolgreiche Einführung einer nachhaltigen Beschaffung im August 2012 verschiedene Leitfäden veröffentlicht. Dabei geht es um die Berücksichtigung von Kriterien der Nachhaltigkeit bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen, einschließlich deren Herstellungs- und Verwertungsprozesse. Die Leitfäden können von Vergabestellen zum Beispiel zur Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und zur Unterstützung der Auswahlentscheidung genutzt werden. Unterstützt werden Beschaffungen in den Produktgruppen Bürobedarf, Bürokommunikation, Büromöbel, Computer, Kraftfahrzeuge, Reinigungsdienstleistungen und Textilprodukte. Die Beschaffungsleitfäden finden Sie im Internet unter <http://www.hessen-nachhaltig.de/web/nachhaltige-beschaffung/10>.

### **Bayern: Sommer verlief im Bauhauptgewerbe positiv**

Laut einer Pressemitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung vom 18. September 2012 erwirtschafteten die 1.258 in Bayern ansässigen bauhauptgewerblichen Betriebe mit 20 oder mehr tätigen Personen im Juli 2012 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,29 Milliarden Euro. Dies entspricht einer nominalen Umsatzsteigerung um 20,1 Prozent gegenüber Juli 2011. In den genannten Betrieben wurden im aktuellen Berichtsmonat 9,0 Millionen Arbeitsstunden geleistet, das waren 9,7 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Die im Juli 2012 verzeichneten Auftragseingänge beliefen sich auf 1,05 Milliarden Euro und lagen damit um 10,3 Prozent unter dem Niveau vom Juli 2011. In den genannten bauhauptgewerblichen Betrieben waren Ende Juli 2012 insgesamt 75.126 Personen tätig, um 4,2 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Die Pressemitteilung finden Sie unter [https://www.statistik.bayern.de/presse/archiv/2012/257\\_2012.php](https://www.statistik.bayern.de/presse/archiv/2012/257_2012.php).



### **Baden-Württemberg: Benennung führt zu geeigneten Bietern**

Auf der Suche nach geeigneten Auftragnehmern ist die IHK Auftragsberatungsstelle Baden-Württemberg die Anlaufstelle für öffentliche Auftraggeber. Kommunen können bei Unterschreiten bestimmter Wertgrenzen von der öffentlichen Ausschreibung abweichen und eine Leistung beschränkt ausschreiben oder freihändig vergeben. Die IHK Auftragsberatungsstelle benennt dafür auf Anfrage Unternehmen aller Branchen und Größenklassen aus der IHK Bieterdatenbank. Diese Möglichkeit auf Erweiterung des Bieterkreises wird in Ziffer 12 der Verwaltungsvorschrift der Ministerien über die Beteiligung der mittelständischen Wirtschaft an der Vergabe öffentlicher Aufträge (Mittelstandsrichtlinien für öffentliche Aufträge – MröA) vom 9. Dezember 2010 sowie Ziffer 15 der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Beschaffung in der Landesverwaltung (Beschaffungsanordnung – BAO) vom 17. Dezember 2007 beschrieben. Die Abwicklung erfolgt kostenlos durch die IHK Auftragsberatungsstelle für alle Vergabestellen in Baden-Württemberg. Hierzu wird die Liefer- und Leistungsbereitschaft jedes einzelnen Unternehmens geprüft, das für das konkrete Vorhaben in Frage kommt. Die Vergabestelle erhält im Ergebnis eine Liste der Firmen, die ein Angebot abgeben möchten. Der Vorteil dabei ist, dass diese Unternehmen ernsthaft an der Teilnahme an beschränkten Ausschreibungen oder freihändigen Vergaben von Liefer- und Leistungsaufträgen interessiert sind. Hinzu kommt, dass der Bieterkreis um weitere Firmen sogar aus ganz Deutschland erweitert werden kann. Darüber hinaus wird die Benennung anspruchsvollen Lieferungen und Dienstleistungen oder neuen und innovativen Ideenfindungen gerecht.

Praxistipps: Lassen Sie sich beraten. Ansprechpartner für die Zubenennung ist Frau Ulrike Müller unter Telefon 0711 2005-1543 oder [ulrike.mueller@stuttgart.ihk.de](mailto:ulrike.mueller@stuttgart.ihk.de). Anfragen werden anhand des Formulars der IHK Auftragsberatungsstelle Baden-Württemberg umgehend erledigt. Das Formular finden Sie im Internet unter Dok-Nr. 99357 auf der Seite der IHK Region Stuttgart [www.stuttgart.ihk.de](http://www.stuttgart.ihk.de). Weitere Informationen zur Benennung finden Sie unter Dok-Nr. 21705.

### **Berlin: Müllstreit geklärt**

Der britische Entsorgungskonzern ALBA mit Geschäftssitz in Berlin hat die Ausschreibung für das Duale System in Berlin gewonnen und erhält den Zuschlag zur Sammlung der "Gelben Säcke" für alle sechs Berliner Entsorgungsgebiete. Nach jahrelangen Streitereien vor den Verwaltungsgerichten und Duldung der privaten Sammlung mit der "Gelben Tonne plus" hat sich jetzt die Berliner Stadtreinigung (BSR) mit dem britischen Teil der ALBA-Gruppe, die ihren Verwaltungssitz in Berlin hat, geeinigt. Aus der Gelben Tonne und der Orangenen Box wird zum 1. Januar 2013 die einheitliche „Wertstofftonne“. Die Zwangseinnahme begründet ALBA in einer Presseaussendung mit dem Streben nach einer Steigerung der Recyclingquote. Tatsächlich hatten die Verwaltungsgerichte die Umweltbehörde gebeten, eine Verfügung, nach der ALBA die Sammlung untersagt werden sollte, nicht in Vollzug zu setzen. Für die rund dreieinhalb Millionen Berliner würde die Entsorgung künftig einfacher. Ab dem kommenden Jahr müssten die Bürger nicht mehr zwischen Verpackungen und ausgedienten stoffgleichen Produkten unterscheiden. Die verschiedenen Tonnen werden zum 1. Januar zu einer einheitlichen Wertstofftonne weiterentwickelt, in der alle Abfälle aus Kunststoff, Metall und Verbundmaterialien entsorgt werden können. Quelle: Europaticker vom 3. Oktober 2012.



## Veranstaltungen

### Veranstaltungen der IHK Auftragsberatungsstelle Baden-Württemberg

Die Veranstaltungen im zweiten Halbjahr 2012 können im Internet abgerufen werden unter [www.stuttgart.ihk.de](http://www.stuttgart.ihk.de) mit der Dokumentnummer 104069.

### Nebenangebote, General-/Nachunternehmer und Bietergemeinschaften – Was müssen Bieter beachten?

Das Vergaberecht ist komplex und unübersichtlich. Bewerbungen um einen öffentlichen Auftrag scheitern oft nicht an der Qualität des Angebots, sondern an formalen Fehlern. Ziel des Seminars ist es, Bietern das vergabe- und vertragsrechtliche Rüstzeug zu vermitteln, um die Ausschreibungsteilnahme zu professionalisieren. Ein potenzieller Auftragnehmer muss sich der Tücken von Nebenangeboten bewusst sein. Eine Bewertung von Nebenangeboten kann nur erfolgen, wenn sie einwandfrei erstellt wurden und dem Vorschlag der Vergabestelle gegenüber gleichwertig sind. Auch die Bildung von Bietergemeinschaften zur Bewältigung komplexer Aufträge birgt Chancen und Risiken. Gut vorbereitet kann eine Bietergemeinschaft oder die Beteiligung von Nachunternehmern die Chancen auf Erhalt des Zuschlags deutlich erhöhen. Die Veranstaltung richtet sich an Teilnehmer aus Unternehmen des Baugewerbes mit Grundkenntnissen über den Ablauf von Vergabeverfahren

Veranstalter: IHK Auftragsberatungsstelle Baden-Württemberg  
Veranstaltungsort: IHK Region Stuttgart, Kronenstraße 25, 70174 Stuttgart  
Datum: 27. November 2012  
Uhrzeit: 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr  
Anmeldeschluss: 20. November 2012  
Teilnahmeentgelt: 90 Euro  
Anmeldung: [www.stuttgart.ihk24.de](http://www.stuttgart.ihk24.de), Dokument-Nummer: 115952

### Vergaberecht 2012

#### Informationsveranstaltung

Das Vergaberecht hat sich 2012 weiter entwickelt. Im nationalen Bereich sind die Betonung der Nachhaltigkeit und die Umsetzung der Vergaberichtlinien für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit zu nennen. Die EU-Kommission drängt darauf, die Modernisierung der Vergaberichtlinien noch 2012 abzuschließen. Unter anderem wurden die Regeln für EU-weite Bauvergaben neu strukturiert. Beim Musterbauwerkvertrag der VOB/B gibt es Änderungen; ebenso enthält die VOB/C neue Regeln. Das Vergabehandbuch des Bundes trägt den neuen Vorschriften der VOB Rechnung.

Veranstalter: forum vergabe e.V.  
Veranstaltungsort: ARCOTEL John F Berlin, Werderscher Markt 11, 10117 Berlin  
Termin: 27. November 2012  
Uhrzeit: 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr  
Teilnahmeentgelt: 200 Euro (Mitglieder des forum vergabe e.V.)  
240 Euro (Nicht-Mitglieder des forum vergabe e.V.)  
Anmeldeschluss: 12. November 2012  
Informationen: Frau Heike Stenzel, Telefon 030 236080-60 oder E-Mail: [info@forum-vergabe.de](mailto:info@forum-vergabe.de)

## Seminar Praxis der Ausschreibungen von IT-Leistungen

Ohne die unterstützende Informationstechnik ist eine effiziente und zukunftsorientierte Verwaltung nicht mehr denkbar. Die Beschaffung von IT-Leistungen kann daher entscheidend dazu beitragen, ob Verwaltungen diesem Anspruch gerecht werden. Die Entscheidung für ein bestimmtes System hat mitunter viele Jahre massiven Einfluss auf die Spielräume von Verwaltungshandeln. Umweltfreundlichkeit und soziale Aspekte sind durch die Novellierung der Vergabevorschriften zu einem wesentlichen Faktor für Leistungs- und Zuschlagskriterien geworden. Auf dieses Thema und eine Vielzahl anderer, die sich auf die Organisation, Gestaltung und Rechtsprechung für IT-Vergaben bezieht, geht das Halbtagesseminar ein. Wir haben einen Experten der anbietenden Wirtschaft sowie einen Experten der Anwaltschaft gewinnen können, um den aktuellen Entwicklungszustand darzustellen und Ihnen Stoff für eine lebhafte Diskussion zu geben.

**Termine:** 12.12.2012  
**Orte:** Industrie- und Handelskammer Offenbach am Main  
Frankfurter Straße 90  
Raum 115I  
**Beginn:** 10.30 h / Ende. 16.30 h  
5 Zeitstunden + 1 Stunde Pause  
**Kosten:** 100,-- Euro inkl. USt

**Referenten/-in:** Rechtsanwältin Brigitta Trutzel, Geschäftsführerin ABSt Hessen  
Rechtsanwalt Dr. Braun, Kanzlei Orrick Hölters & Elsing, Frankfurt  
Herr Boris Neutzler, Management Consultant, CSC Deutschland Solutions GmbH

Sie können sich hier direkt online anmelden <http://www.absthessen.de/seminare-anmeldung.html> unter dem Menüpunkt Seminare.

## Impressum

---

Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.

Bierstadter Str. 9

65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 974588-0

Fax: 0611 974588-20

E-Mail: [info@absthessen.de](mailto:info@absthessen.de)

Internet: [www.absthessen.de](http://www.absthessen.de)

Umsatzsteuer-IDNr : DE811915998

Vereinsregister : VR1469 beim Vereinsregister des Amtsgerichts Wiesbaden

Vertretungsberechtigte

Vorsitzender des Vorstandes

der Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden

Assessor Joachim Nolde Wilhelmstr. 24

65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 1500-138

Telefax: 0611 1500-165

Stellvertretender Vorsitzender der  
Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.

Hauptgeschäftsführer der

Handwerkskammer Rhein-Main

Dr. Christof Riess

Bockenheimer Landstr. 21

60325 Frankfurt am Main

Telefon: 069 97172-110

Telefax: 069 97172-5110

Inhaltlich verantwortlich

Gemäß § 6 MDSStV Geschäftsführerin der

Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.

Brigitta Trutzel Rechtsanwältin

Bierstadter Str. 9

65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 97 4588-0

Telefax: 0611 97 4588-20

Aufsichtsgremium

Vorstand der Auftragsberatungsstelle Hessen e.V. (ABSt Hessen)